

Tom Mannewitz

Politische Kultur im subnationalen Vergleich – Anregungen zur Revitalisierung eines Forschungsgegenstandes der deutschen Politikwissenschaft

1. Einleitung

Die wissenschaftliche Begriffsgeschichte politischer Kultur mag kurz sein, dafür ist sie von umso stärkeren Kontroversen geprägt. Der Max Kaase¹ zugeschriebene Vergleich, politische Kultur zu definieren, sei wie einen Pudding an die Wand zu nageln, symbolisiert diese babylonische Sprachverwirrung. Bei allen Meinungsverschiedenheiten eint viele der Wissenschaftler jedoch die Konzentration auf die von der Umfrageforschung gemessenen gesellschaftlichen Orientierungen auf nationaler Ebene. An sie richtet sich der Beitrag, der den Nutzen einer – nicht gänzlich neuen, aber selten eingeschlagenen – Perspektive auf politische Kultur für die Forschung aufzeigen soll. Gemeint ist deren subnationale Analyse.

Im Zentrum der Politische-Kultur-Forschung – ob eher qualitativ oder quantitativ ausgerichtet – stehen gesellschaftliche Orientierungen auf nationalstaatlicher Ebene. Diese Tradition begründeten die US-Politikwissenschaftler Gabriel Almond und Sidney Verba, als sie in »The Civic Culture«² mehrere politische Kulturen (Deutschland, Großbritannien, Italien, Mexiko, USA) einem Vergleich unterzogen. Ähnlich – wenngleich nicht immer komparativ – gingen jene vor, die sich dieser Tradition verpflichtet fühlten, aber eigene Ansätze hervorbrachten: etwa David Easton³, Ronald Inglehart⁴, Seymour

- 1 Max Kaase, »Sinn oder Unsinn des Konzepts ›Politische Kultur‹ für die Vergleichende Politikforschung, oder auch: Der Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln« in: ders. / Hans-Dieter Klingemann (Hg.), *Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahlen 1980*, Opladen 1983, S. 144–171.
- 2 Gabriel Almond / Sidney Verba, *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Boston/Toronto 1963.
- 3 Siehe David Easton, *A Framework for Political Analysis*, Englewood Cliffs 1965; ders., *A Systems Analysis of Political Life*, New York 1965; ders., »A Re-Assessment of the Concept of Political Support« in: *British Journal of Political Science* 5, Nr. 4 (1975), S. 435–457.
- 4 Siehe Ronald Inglehart, »The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies« in: *The American Political Science Review* 65, Nr. 4 (1971), S. 991–1017; ders., *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*, Princeton 1977.

M. Lipset⁵, und Robert D. Putnam⁶. Bei allen konzeptionellen Unterschieden vereint diese Autoren – und viele mehr⁷ – der Blick auf »die« Gesellschaft: Gemeinsamer Ausgangspunkt ihrer konzeptionellen und empirischen Überlegungen ist die nationale Ebene. Dadurch gehen jedoch Informationen verloren, ohne die eine Bestimmung politischer (demokratischer) Stabilität unter Zuhilfenahme einstellungsbasierter Variablen – eine zentrale Forschungsmotivation der Politische-Kultur-Forschung⁸ – lückenhaft bleiben muss.

Was die Politische-Kultur-Forschung in Deutschland angeht, so zeichnet sie sich durch einige Besonderheiten aus: So hat sie sich erst nach der Wiedervereinigung 1990 so recht entfaltet, mit ihrer Konzentration auf einen Ost-West-Vergleich aber sogleich einen eigenen Schwerpunkt gesetzt, der bis heute die Forschungslandschaft prägt.⁹ »In the decade since German unification, there has been a tendency by scholars and politicians alike to frame discussions of this event in terms of west-east or old states-new states¹⁰, so die US-amerikanische Politologin Jennifer A. Yoder. Mit der Wiedervereinigung bot sich die Chance, anhand eines quasi-experimentellen Designs die politisch-kulturellen Folgen einer Jahrzehnte andauernden Autokratie sowie einer dreifachen Umwälzung (politisch, sozial, ökonomisch) zu eruieren. Damit rückte die gesellschafts-politisch wichtige Frage in den Vordergrund, ob nun zusammenwachse, was zusammengehöre.

5 Siehe Seymour M. Lipset, *Political Man. The Social Bases of Politics*, London 1963.

6 Siehe Robert D. Putnam, *Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community*, New York 2000; eine Ausnahme stellt eine andere Studie Putnams dar: ders., *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*, Princeton 1993.

7 Siehe etwa Larry Diamond, *Political Culture and Democracy in Developing Countries*, Boulder 1994; Dieter Fuchs, *Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden 1989; Oscar W. Gabriel, *Politische Kultur, Postmaterialismus und Materialismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 1986; Pippa Norris (Hg.), *Critical Citizens. Global Support for Democratic Government*, Oxford/New York 1999; Bettina Westle, *Politische Legitimität. Theorien, Konzepte, empirische Befunde*, Baden-Baden 1989.

8 Vgl. Susanne Pickel / Gert Pickel, *Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung*, Wiesbaden 2006, S. 52–55.

9 Siehe etwa Klaus von Beyme / Oskar Niedermayer (Hg.), *Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland*, Berlin 1994; Jürgen W. Falter / Oscar W. Gabriel / Hans Rattinger / Harald Schoen (Hg.), *Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich*, München 2006; Dieter Fuchs / Edeltraud Roller / Bernhard Weßels (Hg.), *Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess. Festschrift für Hans-Dieter Klingemann*, Wiesbaden 2002; Martin Greiffenhagen / Sylvia Greiffenhagen, *Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland*, München 1993; Oliver Hollenstein, *Das doppelt geteilte Land. Neue Einblicke in die Debatte über West- und Ostdeutschland*, Wiesbaden 2012; Silke I. Keil / Jan W. van Deth (Hg.), *Deutschlands Metamorphosen. Ergebnisse des European Social Survey 2002 bis 2008*, Baden-Baden 2012; Gert Pickel / Susanne Pickel / Dieter Walz (Hg.), *Politische Einheit, kultureller Zwiespalt? Die Erklärung politischer und demokratischer Einstellungen in Ostdeutschland vor der Bundestagswahl 1998*, Frankfurt a. M. 1998; Christoph Schneider, *Regionale Unterschiede der politischen Kultur in Deutschland und Europa*, Frankfurt a. M. 2013; Hans-Georg Wehling (Hg.), *Deutschland Ost – Deutschland West. Eine Bilanz*, Stuttgart 2000.

10 Jennifer A. Yoder, »Regional Differences and Political Leadership in the New German States« in: *German Politics and Society* 18, Nr. 1 (2000), S. 33–65, hier: S. 33.

Allerdings hat die Forschung bislang keine befriedigende Antwort auf die Frage gefunden, ob sich das frühere Bundesgebiet und der Osten nun politisch-kulturell gleichen oder unterscheiden: hier diejenigen, die an eine innere Einheit glauben,¹¹ da diejenigen, die einen tiefen politisch-kulturellen Graben entlang der früheren innerdeutschen Grenze sehen;¹² dazwischen einige, die Gemeinsamkeiten wie Unterschiede ähnlich gewichteten.¹³ Obwohl wissenschaftlicher Dissens wünschenswert ist – als konstruktiv im Sinne einer Synthese erwies er sich an dieser Stelle kaum.

Der Beitrag präzisiert die angerissenen Defizite der Politische-Kultur-Forschung und identifiziert Ursachen wie Konsequenzen (2. Kapitel). Bevor die methodischen Besonderheiten präsentiert werden, mit denen die subnationale Analyse politischer Kultur aufwartet (4. Kapitel), ist »regionale politische Kultur« begrifflich einzugrenzen (3. Kapitel). Im vorletzten Abschnitt verdeutlichen einige empirische Beispiele die Konsequenzen politisch-kultureller Regionalisierung (5. Kapitel). Eine Zusammenfassung schließt das Plädoyer für eine stärkere Zuwendung zu einem vernachlässigten Thema der Politische-Kultur-Forschung ab (6. Kapitel).

2. Blinde Flecken der Politische-Kultur-Forschung

Die Defizite der deutschen Politische-Kultur-Forschung, die nachfolgend erörtert werden, zeichnen sich vor dem Hintergrund zweier grundlegender Anliegen des Forschungszweigs ab: die Bestimmung demokratischer Stabilität¹⁴ und eine Antwort auf die Frage, ob Ost- und Westdeutschland eine oder zwei Einheit(en) bilden.

Zum ersten Defizit: Die Bestimmung demokratischer Stabilität muss unvollständig bleiben, solange der Forschungszweig sich einseitig auf gesamtgesellschaftliche Daten konzentriert; er zieht damit subnationale Destabilisierungsursachen nicht in Betracht.

- 11 Siehe exemplarisch Thomas Ahbe / Monika Gibas, »Der Osten im wiedervereinigten Deutschland« in: Wolfgang Thierse / Ilse Spittmann-Rühle / Johannes L. Kuppe (Hg.), *Zehn Jahre Deutsche Einheit. Eine Bilanz*, Opladen 2000, S. 23–38; Hans-Joachim Veen, »Wie viel Einheit brauchen wir? Die »innere Einheit« zwischen Gemeinschaftsmythos und neuer Vielfalt« in: Eckhard Jesse (Hg.), *Eine normale Republik? Geschichte – Politik – Gesellschaft im vereinigten Deutschland*, Baden-Baden 2012, S. 119–136.
- 12 Siehe etwa Martin Greiffenhagen / Sylvia Greiffenhagen, »Zwei politische Kulturen? Wissenschaftliche und politische Unsicherheiten im Umgang mit der deutschen Vereinigung« in: Wehling, Deutschland Ost – Deutschland West, aaO. (FN 9), S. 179–185; Wolfgang Herles, *Wir sind kein Volk. Eine Polemik*, München 2005; Rolf Reissig, *Die gespaltene Vereinigungsgeellschaft. Bilanz und Perspektiven der Transformation Ostdeutschlands und der deutschen Vereinigung*, Berlin 2000; Klaus Schroeder, *Der Preis der Einheit. Eine Bilanz*, München 2000.
- 13 Siehe etwa Oscar W. Gabriel, »Politische Einstellungen und politische Kultur« in: ders. / Everhard Holtmann (Hg.), *Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland*, München 2005, S. 457–523; Eckhard Jesse, »Zwei verschiedene politische Kulturen in Deutschland?« in: Uwe Backes / Alexander Gallus (Hg.), *Demokratie in Deutschland. Diagnosen und Analysen*, Köln/Weimar/Wien 2008, S. 166–192; Helmut Klages / Thomas Gensicke, »Wertewandel in den neuen Bundesländern. Fakten und Deutungsmodelle« in: Wolfgang Glatzer / Heinrich-Herbert Noll (Hg.), *Lebensverhältnisse in Deutschland. Ungleichheit und Angleichung*, Frankfurt a. M./New York 1992, S. 301–326.
- 14 Vgl. Pickel / Pickel, Politische Kultur- und Demokratieforschung, aaO. (FN 8), S. 51f.

Zum zweiten Defizit: Dass Vergleiche der »alten« und »neuen Länder« in Deutschland bislang zu keinem wissenschaftlich befriedigenden Ergebnis gekommen sind, ist weniger dem Rückgriff auf unterschiedliche Forschungskonzepte, Umfragen oder Items zuzuschreiben als vielmehr einem fehlenden objektiven Maßstab für die Ähnlichkeit und Unähnlichkeit beider Gebiete.

Beide Defizite wurzeln in der Prämisse, dass unterhalb der erörterten Analyseebenen (Gesamtgesellschaft bzw. ost- und westdeutsche Bevölkerung) die Untersuchungseinheiten politisch-kulturell relativ homogen sind. Um das zu verdeutlichen, ist der Rückgriff auf Grundbausteine der Systemforschung¹⁵ unverzichtbar: Wenn die Politische-Kultur-Forschung nach Ursachen für den Bestand und den Zusammenbruch demokratischer Systeme sucht, identifiziert sie politisch-systemische Stressvariablen in deren gesellschaftlicher Umwelt. Allerdings konzentriert sie sich dabei ausschließlich auf »stress through the erosion of support«¹⁶. Trotz unterschiedlicher Konnotationen umschließt dieser Begriff stets Orientierungen, die unmittelbar gegen verschiedene Ebenen und Elemente des politischen Systems – so gegen demokratische Ideale, das demokratische Institutionenengefüge in einem Land oder einzelne politische Amtsträger – gerichtet sind. Um diese Art Stress auszuloten, bedient sich die Forschung vor allem statistischer Lageparameter und univariater Verteilungen. Sie fragt etwa, wie groß der Gesellschaftsanteil ist, der mit der Demokratie im eigenen Land unzufrieden ist, oder wie hoch die Übereinstimmung mit der Demokratie-Idee ausfällt. Eine derartige Betrachtungsweise ist legitim, denn sie rückt bestimmte politische Orientierungen in den Vordergrund, die, weil sie sich direkt gegen das Wesen des politischen Systems richten, als existentieller Stress bezeichnet werden können.

Allerdings kann politische Kultur eine Demokratie auch dann in Bedrängnis bringen, wenn diese insgesamt mittlere bis hohe Akzeptanzwerte erreicht, Anti-System-Haltungen aber geografisch konzentriert sind: etwa auf eine Stadt, einen Kanton, ein Bundesland. Derartige Disparitäten vermögen regionaltypische Identitäten hervorzubringen – wie etwa in Ostdeutschland nach 1990¹⁷ oder in Kanada¹⁸ –, und vereinfachen die soziale Vernetzung und politische Mobilisierung¹⁹ (Aktionsbündnisse, Protestgruppierungen, politische Verbände, Parteien). In einzelnen Regionen konzentrierte Anti-System-Haltungen sind aus Sicht des politischen Systems darum nicht weniger heikel als wenn diese

15 Siehe Easton, A Framework for Political Analysis, aaO. (FN 3); ders., A Systems Analysis of Political Life, aaO. (FN 3).

16 Easton, A Systems Analysis of Political Life, aaO. (FN 3), S. 220.

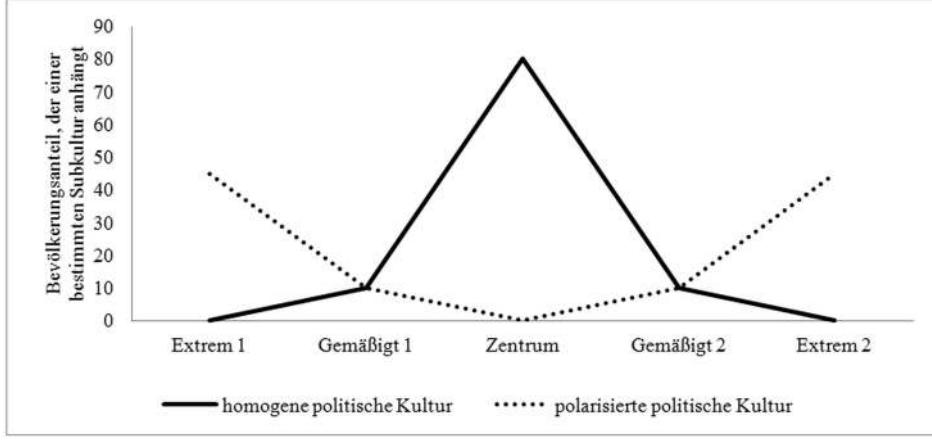
17 Siehe Alexander Thumfart, *Die politische Integration Ostdeutschlands*, Frankfurt a. M. 2002; Wolfram Brunner / Dieter Walz, »Selbstidentifikation der Ostdeutschen 1990-1997. Warum sich die Ostdeutschen zwar als ›Bürger 2. Klasse‹ fühlen, wir aber nicht auf die ›innere Mauertreffen‹ in: Heiner Meulemann (Hg.), *Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland. Erklärungsansätze der Umfrageforschung*, Opladen 1998, S. 229-250.

18 Siehe David J. Elkins / Richard E. B. Simeon, »Regional Political Cultures in Canada« in: *Canadian Journal of Political Science* 7, Nr. 4 (1974), S. 397-437; dies., *Small Worlds: Provinces and Parties in Canadian Political Life*, Toronto 1980.

19 Vgl. etwa Dik Gerdes, *Regionalismus als soziale Bewegung. Westeuropa, Frankreich, Korsika: Vom Vergleich zur Kontextanalyse*, Frankfurt a. M./New York 1985.

stärker, aber gleichmäßig im gesamten Land verbreitet wären. Dies führen auf regionale Autonomie hinwirkende Tendenzen vor Augen, die sich bisweilen mit undemokratischen Mittel verbinden – etwa im Baskenland und in Katalonien,²⁰ in Transnistrien,²¹ Nordirland²² und Tschetschenien. Um diesen Stress für das politische System aufzuspüren zu können, bevor er bereits systemische Konsequenzen, etwa einen Zusammenbruch, zeitigt, muss die Regionalisierung politischer Kultur in den Blick genommen werden. Schon ein gesamtgesellschaftlich bedeutungslos erscheinender Anteil Systemzufriedener kann folglich für das System zur Gefahr werden, wenn er regional konzentriert ist.

Abbildung 1: Homogene und polarisierte politische Kultur



Quelle: eigene Darstellung nach Almond / Powell 1978, S. 29.

- 20 Siehe Enric Martinez-Herrera, »From Nation-Building to Building Identification with Political Communities: Consequences of Political Decentralisation in Spain, the Basque Country, Catalonia and Galicia 1978-2001« in: *European Journal of Political Research* 41, Nr. 4 (2002), S. 421-453; Chris Ross, »Nationalism and party competition in the Basque country and Catalonia« in: *West European Politics* 19, Nr. 3 (1996), S. 488-506; Cameron Watson, *Basque Nationalism and Political Violence. The Ideological and Intellectual Origins of ETA*, Reno 2008.
- 21 Siehe Judy Batt, »Federalism versus nationalism in post-communist state-building: The case of Moldova« in: *Regional and Federal Studies* 7, Nr. 3 (1997), S. 25-48; Hanne Gottfried, Der Transnistrien-Konflikt. Ursachen, Entwicklungsbedingungen und Perspektiven einer Regulierung. Berichte des Bundesinstituts für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien 42, Köln 1998; Steven D. Roper, »Regionalism in Moldova: The Case of Transnistria and Gagauzia« in: *Regional and Federal Studies* 11, Nr. 3 (2001), S. 101-122.
- 22 Siehe John Curtice, »The North-South Divide« in: Robert Jowell (Hg.), *British Social Attitudes. The 9th Report*, Aldershot 1992, S. 71-99.

Eine weitere Form von Stress – sie ließe sich als Dilemma-Stress bezeichnen – kommt durch die gesellschaftliche Polarisierung politischer Orientierungsmuster zustande.²³ Dabei sind nennenswerte Segmente der Bevölkerung nicht nur vereinzelt, sondern in einer Vielzahl politischer Orientierungen dauerhaft gespalten (vgl. Abb. 1). Dies impliziert auseinandergehende politische Wertorientierungen und führt zu gegensätzlichen politischen Forderungen im Alltag. Solange sie quer zueinander liegen, sind politisch-kulturelle Disparitäten unproblematisch. An Bedeutung gewinnen sie erst dann, wenn die immer gleichen Gesellschaftssegmente durch eine Vielzahl an politischen Streitfragen gespalten sind (Versäulung).

Polarisierung ist deshalb von grundlegender Bedeutung für das politische System, weil sie es mit einem Dilemma konfrontiert: Das System kann nicht auf auseinanderdriftende politische Orientierungsmuster reagieren, um Stress abzubauen, ohne zugleich den politischen Orientierungen anderer Gesellschaftssegmente zuwiderzulaufen. Dadurch erhöht sich einerseits die Wahrscheinlichkeit von »output failure«: »[E]ach group or aggregate that differs with the other is competing for a share of the limited values in any system. Any increase in the degree of cleavage can be expected to aggravate the difficulties in the way of obtaining a settlement over outputs.«²⁴ Dabei spielt die Art der Orientierungen eine nachgeordnete Rolle: Es muss sich nicht um systembezogene Meinungen, Einstellungen oder Werte handeln.

Andererseits birgt Polarisierung die Gefahr, dass sich die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen im politischen Prozess dauerhaft übervorteilt sehen. Darunter könnte die Legitimität des Systems leiden. In diesem Fall führt Polarisierung zu existentiellem Stress. Beispiele hierfür finden sich etwa in Belgien (Flandern und Wallonien), Großbritannien (Nordirland), Italien (Südtirol), Ungarn (slowakische Minderheit) und in der Slowakei (ungarische Minderheit).

Politisch-kulturelle Polarisierung kann – muss aber nicht – eine regionale Dimension aufweisen. Um eine Versäulung politisch-kultureller Konfliktlinien mit geografischen/ethnischen/sprachlichen/kulturellen Gegensätzen sowie das Identifikations- und Mobilisierungspotential gesellschaftlicher Polarisierung frühzeitig ausfindig machen zu können, müsste sie von der Forschung einbezogen werden.

Dass sich die deutsche Politische-Kultur-Forschung gesellschaftlicher Heterogenität angenommen hat, indem sie zwischen einzelnen Subpopulationen differenziert, ist vor diesem Hintergrund zu begrüßen. Der Ost-West-Vergleich erlaubt ein im Vergleich zu nationalen Analysen präziseres Bild von der politischen Kultur und vom Stress, der für das politische System von der Gesellschaft ausgeht. Allerdings leidet die Forschung unter drei Mängeln, die sich im Ausbleiben einer wissenschaftlich befriedigenden Antwort auf die zentrale Frage – innere Einheit: ja oder nein? – äußern:

23 Vgl. Gabriel Almond / G. Bingham Powell, *Comparative Politics. System, Process, and Policy: An Analytic Study*, Boston 1978, S. 28-30; Easton, A Systems Analysis of Political Life, aaO. (FN 3), S. 240-243.

24 Easton, A Systems Analysis of Political Life, aaO. (FN 3), S. 240.

Der erste Mangel: Die Forschung fußt auf der – weitgehend ungeprüften – Prämisse, Ost und West bildeten zwei vergleichsweise homogene politisch-kulturelle Gebiete.²⁵ Sozialwissenschaftler führen als Ursache dafür zum Teil unterschiedliche sozioökonomische Umweltbedingungen (»Situationshypothese«) an.²⁶ Diese Erklärung fruchtet allerdings nur dann, wenn die sozioökonomischen Unterschiede zwischen Ost und West größer sind als innerhalb der beiden Regionen. Folglich verschiebt sich die Beweislast nur vom Bereich der politischen Kultur auf die Umweltbedingungen. Und das Argument, Ost und West bildeten aufgrund unterschiedlicher historischer Erfahrungen divergente politische Kulturen heraus (»Sozialisationshypothese«)²⁷, ist nur dann glaubhaft, wenn zwischen Ost und West Unterschiede herrschen, innerhalb der beiden Gebiete aber politisch-kulturelle Einheitlichkeit.

Die Prämisse, Ost und West bildeten zwei politisch-kulturelle Regionen, ist auf die eine oder andere Weise höchst problematisch. Darum ist es sinnvoll, auf sie zu verzichten. Es genügt demnach nicht, Unterschiede zwischen den Gebieten festzustellen, um eine Wirkung der – historischen oder sozioökonomischen – Teilung Deutschlands auf die politische Kultur diagnostizieren zu können. Dafür müssten sich politisch-kulturelle Heterogenität zwischen Ost und West sowie eine gewisse Homogenität innerhalb der beiden Regionen abzeichnen. Ob tatsächlich ein Ost-West-Gegensatz besteht, lässt sich auf eine intersubjektiv nachvollziehbarere Art beurteilen, wenn er zu anderen politisch-kulturellen Disparitäten im Land ins Verhältnis gesetzt wird.

Der zweite Mangel steht zum ersten in direkter Verbindung und äußert sich im fehlenden Gebrauch methodischer Instrumentarien und transparenter Vergleichsmaßstäbe. Stattdessen ist das Urteil – innere Einheit: ja oder nein? – häufig dem subjektiven Empfinden der Wissenschaftler überlassen. Die Politikwissenschaft greift auffallend wenig

- 25 Vgl. für einen ähnlichen Befund Roland Sturm, »Deutschland nach der Einheit – mehr als eine erweiterte Bundesrepublik« in: Gunther Wanke (Hg.), *Über die Folgen der Einheit: Fünf Vorträge*, Erlangen 2003, S. 115-132, hier: S. 122.
- 26 Vgl. etwa Brunner / Walz, »Selbstidentifikation der Ostdeutschen 1990-1997«, aaO. (FN 17); Viktoria Kaina, »Zwischen den Welten: Die Funktionsbewertung des politischen Systems in Führungsschicht und Bevölkerung« in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 31, Nr. 1 (2000), S. 131-155; Heiner Meulemann, »Werte und Wertewandel im vereinten Deutschland« in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 52/2002, S. 13-22; Detlef Pollack / Gert Pickel, »Die ostdeutsche Identität – Erbe des DDR-Sozialismus oder Produkt der Wiedervereinigung?« in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 48/1998, S. 9-23.
- 27 Vgl. etwa Ulrich Eith, »Politisch zweigeteilt? Wählerverhalten und Parteiensystem zehn Jahre nach der Einheit« in: Wehling (Hg.), *Deutschland Ost – Deutschland West*, aaO. (FN 9), S. 211-217; Dieter Fuchs / Edeltraud Roller / Bernhard Weßels, »Die Akzeptanz der Demokratie des vereinigten Deutschland. Oder: Wann ist ein Unterschied ein Unterschied?« in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 47/1997, S. 3-12; Max Kaase / Petra Bauer-Kaase, »Deutsche Vereinigung und innere Einheit 1990-1997« in: Meulemann (Hg.), *Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland*, aaO. (FN 24), S. 251-268; Bettina Westle, »Demokratie und Sozialismus. Politische Ordnungsvorstellungen im vereinten Deutschland zwischen Ideologie, Protest und Nostalgie« in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 46 (1994), H. 4, S. 571-596.

auf Vergleichsfälle aus dem Ausland als Maßstab²⁸ oder auf quantitative Analyseverfahren zurück (etwa Cluster- und Varianzanalysen), die das Problem einer Lösung zuführen könnten.

Der dritte Mangel – die politische Färbung der Kontroverse – folgt aus den beiden zuerst genannten. Martin und Sylvia Greiffenhagen etwa sehen in den Prognosen der Wissenschaft über die politisch-kulturelle Entwicklung Deutschlands »politischen Zweckoptimismus bzw. Zweckpessimismus«²⁹. Roland Sturm bilanziert: »Wie tief [...] ist der politisch-kulturelle Graben zwischen Ost- und Westdeutschland, wie kann er überwunden werden? [...] Diese Debatte ist bis heute nicht zuletzt geprägt von den politischen Positionen der Beteiligten bzw. einer gewissen Ratlosigkeit beim Rückgriff auf das Theorieangebot der politischen Kultur-Forschung«³⁰. Nicht anders Christoph Schneiders Fazit: »Inwieweit ein regionaler Unterschied als gravierend anzusehen ist oder nicht, bleibt [...] der Ergebnisinterpretation des jeweiligen Forschers überlassen.«³¹ Er zieht daraus die Konsequenz, einen intersubjektiv nachvollziehbaren Vergleichsmaßstab – nämlich die Gegensätze in anderen europäischen Staaten – heranzuziehen.

3. Bedeutungen »regionaler politischer Kultur«

»Region« ist der Begriff für eine durch bestimmte Merkmale geprägte Untergliederung eines größeren Gebiets, das der Region als Bezugsrahmen dient.³² Die in der Politikwissenschaft gebräuchlichsten Bezugsrahmen sind 1. die Welt (»Weltregionen« bzw. »Areas«) und 2. der Staat (»subnationale Regionen«). Dient die politische Kultur als Unterscheidungsmerkmal, so lassen sich folglich subnationale und transnationale politisch-kulturelle Regionen ausmachen: »When we speak of regional political cultures we should [...] distinguish between sub-state regional cultures and state regional cultures that exist within supra-state groupings.«³³ Anders als subnationale politische Regionalkulturen

- 28 Siehe die Ausnahme Schneider, Regionale Unterschiede der politischen Kultur in Deutschland und Europa, aaO. (FN 9).
- 29 Greiffenhagen / Greiffenhagen, »Zwei politische Kulturen?«, aaO. (FN 12), S. 180.
- 30 Roland Sturm, »Politische Kultur« in: Ludger Helms / Uwe Jun (Hg.), *Politische Theorie und Regierungslehre. Eine Einführung in die politikwissenschaftliche Institutionenforschung*, Frankfurt a. M./New York 2004, S. 302-323, hier: S. 316.
- 31 Schneider, Regionale Unterschiede der politischen Kultur in Deutschland und Europa, aaO. (FN 9), S. 26.
- 32 Andrej Stuchlik, »Region/Regionalismus« in: Dieter Nohlen / Rainer-Olaf Schulze (Hg.), *Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe*. Band 2: N-Z, München 2000, S. 904-907, hier: S. 904.
- 33 Ailsa Henderson, *The Regionalisation of Political Culture*. Paper presented at the 2007 CPSA Annual Conference, Edinburgh 2007, S. 8.

sind transnationale politische Regionalkulturen³⁴ für die Ermittlung der Stabilität nationaler politischer Systeme und den Ost-West-Vergleich in Deutschland von nachrangiger Bedeutung, werden hier demnach nicht näher beleuchtet.

Unterhalb der nationalstaatlichen Ebene wird der Begriff »politische Regionalkultur« einerseits verwendet, um die Orientierungen einer Subpopulation gegenüber ihrem regionalen politischen System zu charakterisieren (etwa in Berlin oder Bayern). Andererseits bezeichnet der Terminus die in einem bestimmten subnationalen Gebiet vorherrschenden, sich von anderen subnationalen Gebieten unterscheidenden Orientierungen gegenüber dem nationalen politischen System. Im ersten Fall sind landestypische politische Mentalitäten gemeint, die meistens im Zentrum qualitativ-historischer Einzelfallstudien stehen.³⁵ Untrennbar verbunden mit dieser Forschung ist der Tübinger Politikwissenschaftler Hans-Georg Wehling, der sich in den vergangenen Jahrzehnten um die Erforschung regionaler politischer Mentalitäten im Allgemeinen und der Baden-Württembergs im Besonderen verdient gemacht hat.³⁶ Im zweiten Fall ist die Rede von regionalen Typen der nationalen politischen Kultur, die mit den Instrumenten der quantitativen Datenanalyse aufgespürt werden. Hierbei handelt es sich – vor allem in Deutschland – weitgehend um ein Forschungsdesiderat.

Was beide Formen subnationaler politischer Regionalkultur unterscheidet, ist das politische Bezugssystem: Ist es im ersten Fall ein regionales, bezieht sich der Begriff im zweiten Fall auf das nationale politische System. Die Forschung zu regionalen Typen der

- 34 Siehe etwa Joachim Blatter, »From ›Spaces of Places‹ to ›Spaces of Flows‹? Territorial and Functional Governance in Cross-Border Regions in Europe and North America« in: *International Journal of Urban and Regional Research* 28, Nr. 3 (2004), S. 530–548; Daniele Caramani / Claudius Wagemann, »A Transnational Political Culture? The Alpine Region and its Relationship to European Integration« in: *German Politics* 14, Nr. 1 (2005), S. 74–94; Ronald Inglehart / Marita Carballo, »Does Latin America Exist? (And is There a Confucian Culture?): A Global Analysis of Cross-Cultural Differences« in: *PS: Political Science and Politics* 30, Nr. 1 (1997), S. 34–47.
- 35 Siehe etwa zu Baden-Württemberg Paul-Ludwig Weinacht, *Politische Kultur am Oberrhein. Studien zur Geschichte Badens*, Karlsruhe 2012; zu Hessen Jakob Schissler (Hg.), *Politische Kultur und politisches System in Hessen*, Frankfurt a. M. 1998; zu Rheinland-Pfalz Ulrich Sarcinelli / Jürgen W. Falter / Gerd Mielke (Hg.), *Politische Kultur in Rheinland-Pfalz*, Mainz 2000; zum Osten Deutschlands existieren wenige, zum Teil veraltete Studien, wie etwa Susanne Blancke / Heinrich Tiemann, »Regionale Kulturen in den neuen Bundesländern« in: *Die neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* 40, 1993, S. 537–543; Jennifer A. Yoder, »The Regionalization of Political Culture and Identity in Post-Communist Eastern Germany« in: *East European Quarterly* 32, Nr. 2 (1998), S. 197–219; dies., »Regional Differences and Political Leadership in the New German States«, aaO. (FN 10); dies., »West-East Integration: Lessons from East Germany's Accelerated Transition« in: *East European Politics and Society* 15, Nr. 1 (2000), S. 114–138.
- 36 Siehe exemplarisch Hans-Georg Wehling, »Die Bedeutung regionaler Politischer-Forschung unter besonderer Berücksichtigung Württembergs« in: Dirk Berg-Schlosser / Jakob Schissler (Hg.), *Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung*, Opladen 1987, S. 259–266; ders., »Politische Kultur in Deutschland – regional und qualitativ betrachtet« in: Klaus Brummer / Heinrich Pehle (Hg.), *Analysen nationaler und supranationaler Politik. Festschrift für Roland Sturm*, Opladen/Berlin/Toronto, S. 93–108.

nationalen politischen Kultur ist immer vergleichend angelegt, die zu Landesmentalitäten hingegen nur selten.

Die – zumeist qualitativen – Analysen regionaler politischer Identitäten mögen als Erklärungsansatz für bestimmte politische Prozesse in den Gebietskörperschaften und für die Krisenfestigkeit regionaler politischer Systeme taugen, ihr Einfluss auf das nationale politische System dürfte jedoch begrenzt sein. Hierfür ist der Blick auf Regionaltypen der nationalen politischen Kultur zu richten, die sich in unterschiedlicher Weise auf ein und dasselbe Orientierungsobjekt beziehen.

4. Methodische Besonderheiten bei der Erforschung regionaler politischer Kulturen

Sollen subnationale politische Kulturen identifiziert werden, können nicht – tatsächliche oder vermeintliche – politisch-kulturelle Regionen als Analyseeinheiten dienen. Vielmehr müssen politisch-kulturelle Regionen Ergebnis, nicht Prämissen der Analyse sein. Trotzdem muss, wer auf Umfragestatistiken als Quellen zurückgreift, sicherstellen, dass jede Analyseeinheit repräsentativ für eine politisch-kulturelle Region ist. Daher verbietet sich die Gleichsetzung der Analyseeinheiten mit den befragten Individuen; vielmehr führt kein Weg daran vorbei, bestimmte – im Interesse der Präzision: möglichst kleine – Teilstichproben der Gesellschaft als Analyseeinheiten zu definieren – etwa die Bevölkerungen einzelner Landesteile, Kommunen, Städte und Gemeinden. Diese Vorgehensweise steht im Einklang mit der Annahme, politische Kultur sei keine individuelle, sondern eine kollektive Eigenschaft sozialer Gruppen.

Allerdings weisen Stichproben zu subnationalen Analyseeinheiten aufgrund geringer Fallzahlen eine im Vergleich zu nationalen Stichproben deutlich geringere Repräsentativität auf. Viele Sozialwissenschaftler führen dies als Hauptgrund für die ausbleibende Erforschung regionaler politischer Kulturen an.³⁷ Kleine Zufallsstichproben vermitteln jedoch keine falschen Informationen, sondern gehen »nur« mit größeren Fehlertoleranzen einher. Wie groß diese sein dürfen, hängt vom konkreten Forschungsziel und -design ab. Das absolute Minimum liegt aufgrund von Verteilungstheoretischen Annahmen bei 20, sinnvoll erscheint eine Stichprobe jedoch erst ab etwa 100 Befragten.³⁸

37 Vgl. etwa Markus Freitag / David Fritz / Adrian Vatter, »Vergleichende subnationale Analysen für Deutschland. Eine Einführung« in: Markus Freitag / Adrian Vatter (Hg.), *Vergleichende subnationale Analysen für Deutschland. Institutionen, Staatstätigkeiten und politische Kulturen*, Münster 2010, S. 7-26, hier: S. 13; Bettina Westle, »Politische Kulturen, Globalisierung und Europäische Union« in: Oscar W. Gabriel / dies. (Hg.), *Politische Kultur. Eine Einführung*, Baden-Baden 2009, S. 529-578, hier: S. 536.

38 Vgl. Rüdiger Jacob / Jean P. Décieux / Andreas Heinz, *Umfrage. Einführung in die Methoden der Umfrageforschung*, München 2013, S. 68; Elisabeth Noelle-Neumann / Thomas Petersen, *Alle, nicht jeder. Einführung in die Methoden der Demoskopie*, Berlin/Heidelberg/New York 2005, S. 210-226.

Diese Voraussetzungen erfüllen die meisten föderalen Einheiten der europäischen Staaten:³⁹ In vielen sozialwissenschaftlichen Studien lassen sich die Ergebnisse auf Bundesländer-/Staaten-/Kantonsebene (dis-)aggregieren. Was zudem aus inhaltlicher (nicht statistischer) Sicht für den Rückgriff auf föderale Einheiten spricht, ist deren prägender Einfluss auf die politischen Orientierungen der Bevölkerung gegenüber dem zentralen politischen Entscheidungssystem auf nationaler Ebene, der umso stärker ausfällt, je weiter die föderalen Strukturen institutionell vervollständigt sind:⁴⁰ »A region specific media, publishing in a regional language, reporting on the workings of a regional government, creates a regional reference to political life and raises the likelihood of generating regional-specific approaches to politics and policy, citizenship and community membership.«⁴¹

Mehrere empirische Studien erbrachten den Nachweis für direkte Mehrebeneneffekte, denen zufolge die Populationen verschiedener föderaler Einheiten variierende politische Orientierungen gegenüber dem nationalen politischen System hervorbringen.⁴² »[I]nstitutions bring with them norms of governance that become the boundaries of new political cultures. New sub-state institutions are thus able to create new political cultures, and thus can lead to greater variation of political cultures within a single state.«⁴³ Robert D. Putnams Studie über Sozialkapital in Italien⁴⁴ ist ein instruktives Beispiel für einen derartigen Effekt. Hinzu kommt ein indirekter Einfluss föderaler Strukturen:⁴⁵ »[I]ndividuals understand their own reality through the lens of their own particular circumstan-

39 Gebietskörperschaften auf niedrigerer Ebene (z. B. Regierungsbezirke, Kommunen etc.) erfüllen diese Voraussetzung in aller Regel nicht und müssen von einer subnationalen Analyse politischer Kultur deshalb ausgeklammert bleiben. Um zusätzlich die Repräsentativität der Daten zu erhöhen, sind – solange keine Surveys mit hohen Stichprobenzahlen auf subnationaler Ebene existieren – etwa Lageparameter und Häufigkeiten bestimmter Merkmalsausprägungen aus verschiedenen Quellen abzugleichen und so auf ihre Plausibilität zu prüfen. Zudem: Geringen Fallzahlen bei den Befragungen kann durch eine Vergrößerung der Merkmalskategorien Rechnung getragen werden. Vgl. Jacob / Décieux / Heinz, Umfrage, aaO. (FN 38), S. 67.

40 Vgl. Raymond Breton, »Institutional Completeness of Ethnic Communities and the Personal Relations of Immigrants« in: *American Journal of Sociology* 70, Nr. 2 (1970), S. 193–205.

41 Ailsa Henderson, »Why Regions Matter: Substate Polities in Comparative Perspective.« in: *Regional and Federal Studies* 20, Nr. 4–5 (2010), S. 439–445, hier: S. 441.

42 Vgl. Elkins / Simeon, »Regional Political Cultures in Canada«, aaO. (FN 18); Ailsa Henderson, »Small Worlds« as Predictors of General Political Attitudes« in: *Regional and Federal Studies* 20, Nr. 4–5 (2010), S. 469–485; Joel Lieske, »The Changing Regional Subcultures of the American States and the Utility of a New Cultural Measure« in: *Political Research Quarterly* 63, Nr. 3 (2010), S. 538–552; Mario R. Lepsius, *Interessen, Ideen und Institutionen*, Wiesbaden 2009, S. 71; David McGrane / Loleen Berdahl, »Small Worlds: No More: Reconsidering Provincial Political Cultures in Canada« in: *Regional and Federal Studies* 23, Nr. 4 (2013), S. 479–493.

43 Henderson, The Regionalisation of Political Culture, aaO. (FN 33), S. 6.

44 Siehe Putnam, Making Democracy Work, aaO. (FN 6).

45 Siehe Anthony P. Cohen, »personal nationalism: a Scottish view of some rites, rights, and wrongs« in: *American Ethnologist* 23, Nr. 4 (1996), S. 802–815.

ces.⁴⁶ Die Umwelt des Einzelnen unterliegt – zumal in Deutschland – auf vielfältige Art und Weise dem Einfluss der föderalen Strukturen: etwa durch Demografie-, Bildungs-, Wissenschafts-, Sicherheits-, Wirtschafts- und Standortförderungspolitik, die Förderung regionaler Bräuche, Feste und Feiertage. All jene Einflüsse sprechen dafür, subnationale Gebietskörperschaften als Fälle in einer subnationalen, vergleichenden Analyse politischer Kultur heranzuziehen.

Sollen Regionaltypen einer nationalen politischen Kultur identifiziert werden, genügt es nicht, Unterschiede zwischen vordefinierten Regionen zu vermesssen. Zu Beginn müssen vielmehr die politisch-kulturellen Merkmale der Analyseeinheiten (nicht der Regionen) verzeichnet und anschließend miteinander verglichen werden. Ergebnis der Datenauswertung sollten politisch-kulturelle Regionen sein, die nach den Vergleichsmerkmalen in sich homogen, untereinander aber heterogen sind. Geeignete Instrumentarien, die zu diesem Ziel führen, sind Clusteranalysen.

Allerdings setzt ihnen die Erhebungsmethode Grenzen, denn in der Regel liegen der Analyse Zufallsstichproben zugrunde. Diese generieren Lageparameter (Mittelwerte etc.), die mit einer bestimmbareren Genauigkeit (Fehlerintervalle) denen der Grundgesamtheit entsprechen. Diese, mit Survey-Stichproben verbundenen Fehlerintervalle dürfen nicht verantwortlich für die Fusionierung von Fallgruppen sein. Politisch-kulturelle Regionen wären in diesem Fall Artefakte der Datenanalyse. Um dies zu verhindern, müssen die Abstände der Daten zu den Clusterzentren größer sein als die Fehlerintervalle für eine bestimmte Stichprobengröße und einen konkreten Datenwert. Zudem: Weil einzelne politische Orientierungen häufig korrelieren – beispielsweise das Vertrauen gegenüber der föderalen und der nationalen Regierung⁴⁷, sind dimensionsreduzierende Verfahren (Hauptkomponenten-/Faktoren-/Korrespondenzanalysen) bei subnationalen Analysen politischer Kultur von besonderer Bedeutung. Es muss allerdings davon ausgegangen werden können, dass die für alle Analyseeinheiten ermittelte Faktorstruktur ebenso für die durch Clusterung gebildeten Gruppen gilt.

5. Folgen politisch-kultureller Regionalisierung für das politische System – empirische Beispiele unter Berücksichtigung Deutschlands

Wenngleich die fragmentarisch ausfallenden Versuche, Aspekte regionaler politischer Kulturen unter Berücksichtigung der deutschen Länder zu beschreiben, noch keinen Gesamteindruck von einer politisch-kulturellen »Landkarte« Deutschlands vermitteln, unterstreichen sie die wissenschaftliche Bedeutung eines subnationalen Vergleichs. In Abhängigkeit von der Analyseperspektive (national, Ost-West-Vergleich, Bundesländervergleich) treten unterschiedliche Befunde zutage, die nachfolgend verglichen werden sollen.

46 Henderson, »Why Regions Matter«, aaO. (FN 41), S. 441; vgl. auch: Leslie R. Alm / Ross E. Burkhart / W. David Patton / James B. Weatherby, »Intrastate Regional Differences in Political Culture: A Case Study of Idaho« in: *State and Local Government Review* 33, Nr. 2 (2001), S. 109-119.

47 Vgl. Henderson, »Small Worlds« as Predictors of General Political Attitudes«, aaO. (FN 42).

5.1 Existentieller Stress

Die regionale Konzentration von Anti-System-Haltungen spielte in der Forschung bislang eine untergeordnete Rolle, deutlich präsenter sind Studien zu gesamtgesellschaftlichen Systemeinstellungen und solche, die zwischen Ost und West differenzieren. Wer in Anlehnung an Seymour M. Lipset die Effektivität und die Legitimität der Demokratie in Deutschland erhebt, gelangt zu einem einigermaßen befriedigenden Schluss: So befürworten 97,4 Prozent der Deutschen im Jahr 2008 die Idee der Demokratie,⁴⁸ 94,8 Prozent halten sie für das beste politische System,⁴⁹ 74,9 Prozent sind zufrieden mit der Demokratie in der Bundesrepublik.⁵⁰ Damit fällt die Effektivität der Demokratie zwar etwas niedriger aus als ihre Legitimität, bedeutsamer für die Persistenz ist jedoch die zuletztgenannte Größe.⁵¹ In der Gesamtschau müsste das politische System als höchst stabil gelten, im europäischen Vergleich schneidet Deutschland gut ab.⁵²

Studien, die a priori zwischen Ost und West unterscheiden – das sind beinahe alle – zeichnen seit Jahren ein etwas anderes Bild: Zwar gelte die Demokratie in Deutschland überall als recht und billig und überall werde ihre Leistungsfähigkeit etwas schlechter beurteilt als das ihr zugrunde liegende Ideal. Im Osten liegt die Demokratieeffektivität jedoch deutlich – um bis zu 30 Prozentpunkte – niedriger als in Westdeutschland.⁵³ Derartige Befunde suggerieren, die Demokratie ruhe auf einem Fundament, das im Westen stabil sei, im Osten aber tiefe Risse aufweise.

Allerdings überdeckt die aus Plausibilitätsannahmen hergeleitete Trennlinie zwischen Ost und West stärkere politisch-kulturelle Gegensätze und damit Informationen zur demokratischen Stabilität. Die Demokratieeffektivität in den Bundesländern deutet auf Disparitäten zwischen armen und reichen, nicht zwischen östlichen und westlichen Ländern.⁵⁴ Den Unterschied verdeutlicht Bremen, das mit der strukturschwachen Stadt Bremerhaven Werte demokratischer Zufriedenheit aufweist, die an jene in Ostdeutschland anschließen (< 45 Prozent). Was die Legitimität der Demokratie anbelangt, so hebt sich Berlin vom Rest der Bundesländer durch einen vergleichsweise niedrigen Wert (ca. 85

48 Vgl. ALLBUS, *Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften 2008*, Köln 2011.

49 Vgl. EVS, *European Values Study 2008. 4th Wave*. Germany, Köln 2010.

50 Vgl. ALLBUS, Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften 2008, aaO. (FN 48).

51 Vgl. Lipset, *Political Man*, aaO. (FN 5), S. 77-83.

52 Vgl. Oscar W. Gabriel, »Politische Einstellungen und politische Kultur« in: ders. / Sabine Kropp (Hg.), *Die EU-Staaten im Verbleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalte*, Wiesbaden 2008, S. 181-214.

53 Vgl. etwa Dieter Fuchs, »The Democratic Culture of Unified Germany« in: Norris (Hg.), *Critical Citizens*, aaO. (FN 7), S. 123-145; Isabell Thaidigsmann, »Aspekte politischer Kultur in Deutschland – Legitimitätsvorstellungen und Legitimitätsurteile: ›Politische Ordnung‹« in: Gabriel / Westle (Hg.), *Politische Kultur*, aaO., (FN 37), S. 97-137; Kerstin Völlkl, »Überwiegt die Verdrossenheit oder die Unterstützung? Die Einstellungen der West- und Ostdeutschen zur Demokratie, zu politischen Institutionen und Politikern« in: Falter / Gabriel / Rattinger / Schoen (Hg.), *Sind wir ein Volk?*, aaO. (FN 9), S. 57-81.

54 Vgl. Tom Mannewitz, »Kein Ost-West-Gegensatz: Regionale Unterschiede der deutschen politischen Kultur« in: *Gesellschaft – Wirtschaft – Politik* 62, Nr. 2 (2013), S. 205-215.

Prozent) ab. In allen anderen Ländern erfreut sich die Demokratie einer gesellschaftlichen Unterstützung von zum Teil weit über 90 Prozent. Verantwortlich dürfte eine hochgradig komplexe Konstellation zeichnen, die so nur in der Spreemetropole anzu treffen ist: Dazu zählen neben einer in Deutschland einzigartig hohen Bevölkerungsdichte das Gegen- und Miteinander unterschiedlicher Kulturen und die bundesweit höchste Jugendarbeitslosenquote.

Drei Vorgehensweisen, drei Befunde: Der Blick auf die gesamte Bevölkerung führt zum Schluss, die Demokratie in Deutschland sei alles in allem stabil. Die Ost-West-Unterscheidung, bei der die Regionen unabhängig von politisch-kulturellen Eigenschaften *a priori* festgelegt wurden, offenbart Probleme im Osten Deutschlands. Werden die Bundesländer als Analyseeinheiten herangezogen, dann erweist sich Berlin, nicht »der« Osten als »Instabilitätsherd«. Mit Blick auf die Effektivität ist vor allem den wirtschaftlich schwächeren Regionen größere Aufmerksamkeit zu schenken.

5.2 *Dilemma-Stress*

Der postmaterialistische Wertewandel⁵⁵ geht einher mit einer »Prioritätenverschiebung weg von Fragen des Wirtschaftswachstums, der Inflationsbekämpfung und der Arbeitsplatzsicherheit hin zu Fragen des Umweltschutzes, der Sinnstiftung und der Selbstbestimmung«⁵⁶. Dies stellt eine Herausforderung für das politische System dar, die umso größer ausfällt, wenn aufgrund unterschiedlicher sozioökonomischer Umstände subnationale Regionen diesen Wandel in einem uneinheitlichen Tempo vollziehen und daraus zu einem Zeitpunkt gegensätzliche normative Erwartungshaltungen gegenüber Politik resultieren: Sicherheit, Wohlstand und Output-Orientierung versus Gleichberechtigung, Selbstbestimmung und Input-Orientierung. Die politischen Akteure können darauf nur dann systemstabilisierend reagieren, wenn die regionale Dimension dieser Entwicklung bekannt ist.

Die meisten Studien der letzten zwei Jahrzehnte sehen im Westen einen stärker postmaterialistischen Landesteil, an den sich der Osten zunehmend angleicht.⁵⁷ Ein Blick auf die Bundesländer vermittelt jedoch eine größere Vielfalt: Insgesamt drei Regionaltypen lassen sich ausmachen:⁵⁸ »postmaterialistische«⁵⁹, »materialistische«⁶⁰ sowie »Mischre-

55 Siehe Inglehart, *The Silent Revolution*. aaO. (FN 4).

56 Christian Welzel, »Werte- und Wertewandelforschung« in: Viktoria Kaina / Andrea Römmel (Hg.), *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*, Wiesbaden 2009, S. 109–139, hier: S. 112.

57 Vgl. Markus Klein / Manuela Pötschke, »Gibt es einen Wertewandel hin zum ‚reinen‘ Postmaterialismus? Eine Zeitreihenanalyse der Wertorientierungen der westdeutschen Bevölkerung zwischen 1970 und 1997« in: *Zeitschrift für Soziologie* 29, Nr. 3 (2000), S. 202–216; Martin Kroh, *Wertewandel: Immer mehr Ost- und Westdeutsche ticken postmaterialistisch*. Wochenbericht des DIW 34/2008. Berlin 2008; Meulemann, »Werte und Wertewandel im vereinten Deutschland«, aaO. (FN 24).

58 Vgl. Tom Mannewitz, »It's the region, stupid. Deutschlands politische Kultur nach der staatlichen Einheit« in: *MUT* 47, Nr. 538 (2012), S. 60–69.

59 Bremen, Hamburg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein.

60 Baden-Württemberg, Berlin-West, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen.

gionen«⁶¹ mit einem einigermaßen ausgewogenen Verhältnis von materialistisch und postmaterialistisch orientierten Bürgern. Den Befund bestätigt Michael Eilfort (2003), der an den unterschiedlichen politischen Partizipationsgraden regionale Unterschiede der nationalen politischen Kultur festmacht.⁶² Demnach liegen Welten zwischen Baden-Württemberg (niedrige Beteiligung) und dem Saarland sowie Berlin (hohe Beteiligung).

Auf die Forderungen, die aus dem postmaterialistischen Wertewandel resultieren, können demokratische Systeme aufgrund ihrer Offenheit gegenüber der Umwelt in aller Regel besser reagieren als Autokratien – schließlich hat prinzipiell jede gesellschaftliche Minderheit die Chance, zur gestaltenden Mehrheit zu werden. Ein derartiger Mechanismus generiert Vertrauen in das System. Gleichwohl können regionale Gegensätze auch hier bestandsgefährdend werden: 1. wenn die Interessen einer politisch-kulturellen Region bei einer gleichsam unumkehrbaren Richtungentscheidung oder wiederholt ignoriert werden und schließlich zu existentiellem Stress führen; 2. wenn sie das politische System in seiner Handlungsfähigkeit lähmen und darum »output failure« provozieren.

Der erste Fall tritt vor allem im Laufe von Systemtransformationen ein und konnte in Nordirland beobachtet werden, als es Teil des Vereinigten Königreichs wurde und katholischen Nationalisten Benachteiligungen bei der politischen Mitwirkung widerfuhrten (etwa über die Ausgestaltung des Wahlsystems). Die Folgen langanhaltender Nichtbeachtung regionaler politischer Kulturen lassen sich in Ländern beobachten, die mit Autonomie-Bestrebungen zu kämpfen haben: Dänemark (Grönland), Italien (Südtirol), die Republik Moldau (Transnistrien) und Spanien (Katalonien und Baskenland) etwa. Für »output failure« durch gesellschaftliche Polarisierung ist Belgien ein gutes Beispiel. Hier sehen sich insbesondere die in der Minderheit befindlichen Flamen von der Regierung seit jeher übervorteilt. Dieser Umstand führte nach den Parlamentswahlen 2007 zu einer Staatskrise. Die weitaus größte Gefahr einer mangelnden Berücksichtigung einzelner politisch-kultureller Regionen (unabhängig von den konkreten Orientierungen) liegt in den Legitimitätseinbußen des politischen Systems.

Um den Dilemma-Stress abzubauen, kann das politische System beispielsweise mit der Einführung konkordanzdemokratischer Elemente⁶³ oder mit administrativer und/oder politischer Dezentralisierung reagieren.⁶⁴ Der Aufbau föderaler politischer Systeme könnte den politisch-kulturellen Unterschieden in einem Land Rechnung tragen. Dies

61 Bayern, Berlin-Ost, Brandenburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Thüringen.

62 Vgl. Michael Eilfort, »Politische Partizipation und politische Kultur in Deutschland und seinen Regionen: Wandel wie Kontinuität« in: In Andreas Dornheim / Sylvia Greiffenhagen (Hg.), *Identität und politische Kultur. Hans-Georg Wehling zum Fünfundsechzigsten*, Stuttgart 2003, S. 195–202.

63 Siehe Gerhard Lehmbruch, *Verhandlungsdemokratie. Beiträge zur vergleichenden Regierungslehre*, Wiesbaden 2003; Leonhard Neidhardt, *Plebisit und pluralitäre Demokratie. Eine Analyse der Funktion des Schweizerischen Gesetzesreferendums*. Bern 1970.

64 Für das Beispiel Nordirland vgl. exemplarisch Sean Byrne, »Consequential and Civic Society Approaches to Peacebuilding in Northern Ireland« in: *Journal of Peace Research* 38, Nr. 3 (2001), S. 327–352; John Nagle, »From Secessionist Mobilization to Sub-state Nationalism? Assessing the Impact of Consociationalism and Devolution on Irish Nationalism in Northern Ireland« in: *Regional & Federal Studies* 23, Nr. 4 (2013), S. 1–17.

setzt allerdings das Wissen um politische Regionalkulturen voraus und unterstreicht die Bedeutung subnationaler Analysen. Das gilt insbesondere in Zeiten politischer Transformationen, während derer sich die Berücksichtigung regionaler politischer Kulturen beim Institutionendesign vor- bzw. nachteilhaft auf die langfristige Stabilität des Systems auswirken dürfte.

5.3 Variierende Performanz

Die Konsequenzen politisch-kultureller Regionalisierung erschöpfen sich nicht in existentiellen Fragen der Demokratie. So stellten Markus Freitag und Richard Traunmüller mit Blick auf regionale Sozialkapitalunterschiede in Deutschland fest: »Während soziale Netzwerke besonders in nördlichen, mitteldeutschen sowie süddeutschen Regionen gut entwickelt sind, mangelt es in Ostdeutschland an dieser spezifischen Form des Sozialkapitals. Ähnliche Muster lassen sich für die regionalen Vertrauensniveaus aufdecken. Reziprozitätsnormen sind dagegen besonders in den ostdeutschen Regionen weit verbreitet und dafür im Süden weniger stark ausgeprägt. Die ermittelten Sozialkapitalmuster lassen sich jeweils auf unterschiedliche kulturelle und strukturelle Bedingungen zurückführen«⁶⁵. Aus den regionalen Disparitäten ergeben sich Ungleichheiten bei anderen politisch-kulturellen Aspekten, bei der öffentlichen Gesundheit, bei der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, beim allgemeinen Wohlbefinden.⁶⁶

Die Vorgehensweise der beiden Autoren ist an die Robert D. Putnams angelehnt, der unter Verweis auf unterschiedliche zivilgesellschaftliche Traditionen in den italienischen Regionen die Performanz ihrer politischen Institutionen⁶⁷ und ihre ökonomische Leistungsfähigkeit⁶⁸ erklärt. Abhängig von den konkreten Meinungen, Einstellungen und Werten kann die subnationale Analyse darüber hinaus einen Beitrag dazu leisten, politische Divergenzen innerhalb eines Staates zu erklären – etwa mit Blick auf die Staatsausgaben,⁶⁹ auf den Erfolg politischer Reformen⁷⁰ oder die öffentliche Meinung⁷¹.

65 Markus Freitag / Richard Traunmüller, »Sozialkapitalwelten in Deutschland. Soziale Netzwerke, Vertrauen und Reziprozitätsnormen im subnationalen Vergleich« in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 2, Nr. 1 (2008), S. 221-256, hier: S. 221.

66 Vgl. Freitag / Traunmüller, »Sozialkapitalwelten in Deutschland«, aaO. (FN 65), S. 244; ähnliche Befunde liefert die Bertelsmann Stiftung, *Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt. Messen was verbindet*, Gütersloh 2014.

67 Vgl. Putnam, *Making Democracy Work*, aaO. (FN 6), S. 83-120.

68 Vgl. Putnam, *Making Democracy Work*, aaO. (FN 6), S. 152-162.

69 Siehe etwa Steven G. Koven / Christopher Mausolff, »The Influence of Political Culture on State Budgets: Another Look at Elazar's Formulation« in: *The American Review of Public Administration* 32, Nr. 1 (2002), S. 66-77.

70 Siehe Lawrence Mead, »State Political Culture and Welfare Reform« in: *The Policy Studies Journal* 32, Nr. 2 (2004), S. 271-296.

71 Siehe Robert S. Erikson / John P. McIver / Gerald C. Wright Jr., »State Political Culture and Public Opinion« in: *American Political Science Review* 81, Nr. 3 (1987), S. 797-814.

6. Fazit

»Within the political culture literature comparatively little attention is dedicated to studying diversity within states.«⁷² Das gilt umso mehr für die deutschen Bundesländer, die von der Politische-Kultur-Forschung bisher kaum Aufmerksamkeit erhielten. Diese widmete sich fast ausschließlich dem Ost-West-Vergleich. Zu anderen Ländern hat sich der subnationale Vergleich hingegen bereits vor geraumer Zeit etabliert: zu Großbritannien,⁷³ Italien,⁷⁴ Kanada⁷⁵, zu den USA⁷⁶ und Spanien⁷⁷. Mittlerweile kommen gar subnationale Vergleiche, die über die Grenzen des Nationalstaates hinausweisen, in Gang – freilich noch nicht in erschöpfend-systematischer Weise.⁷⁸

Die Vernachlässigung subnationaler politischer Regionalkulturen durch die deutsche Forschung wurzelt in der Annahme, unterhalb der vorgeschlagenen Analyseebene (Nationalstaat bzw. Ost/West) liege relative Homogenität vor. Diese Prämisse birgt zwei Gefahren: Einerseits geraten so zwei bedeutsame Ursachen für den Zusammenbruch bzw. die Transformation politischer Systeme aus dem Blick: existentieller Stress (regionale Konzentration von Anti-System-Haltungen) und Dilemma-Stress (regional unterschiedliche politische Präferenzen, die zu einer Überforderung des Systems und/oder zu existentiellem Stress führen können).

Andererseits kann die Forschung in Deutschland ohne Rückgriff auf Analyseinheiten, die kleiner sind als das Ost- und Westgebiet, nicht klären, ob beide Gebiete politisch-kulturell zusammengewachsen sind oder nicht (weil kein Maßstab für [Un-]Ähnlichkeit existiert) und ob zur Erklärung von Ost-West-Unterschieden die »Sozialisations-« oder die »Situationsthese« geeigneter ist. Hierfür müssten inter- und intraregionale Vergleiche durchgeführt werden, deren Ausgangspunkt die Orientierungen von Teilpopulationen gegenüber dem zentralen politischen Entscheidungssystem sind.

Der prägende Einfluss der unmittelbaren politisch-ökonomischen Umwelt eines Individuums auf seine politischen Orientierungen spricht dafür, als Analyseinheiten größere regionale Gebietskörperschaften zu wählen: federal states, Kantone, Bundesländer, Autonome Gemeinschaften etc. An geeigneten Analyseinstrumenten mangelt es der Statistik nicht (Clusteranalysen). Widmet die Forschung der subnationalen Analyse politi-

72 Henderson, »Small Worlds as Predictors of General Political Attitudes«, aaO. (FN 41), S. 470.

73 Siehe etwa Curtice, »The North-South Divide«, aaO. (FN 21).

74 Siehe etwa Putnam, *Making Democracy Work*, aaO. (FN 6).

75 Siehe etwa Elkins / Simeon, »Regional Political Cultures in Canada«, aaO. (FN 18); Ailsa Henderson, »Regional Political Cultures in Canada« in: *Canadian Journal of Political Science* 37, Nr. 3 (2004), S. 595-615.

76 Siehe etwa Donald J. Devine, *The Political Culture of the United States: The Influence of Member Values on Regime Maintenance*, Boston/Toronto 1972; Daniel J. Elazar, *Cities of the Prairie. The Metropolitan Frontier and American Politics*, New York 1970; ders., *American Federalism. A View from the States*, New York 1984.

77 Siehe etwa Juan J. Linz / Amando d. Miguel, »Within-Nation Differences and Comparisons: The Eight Spains« in: Richard E. Merritt / Stein Rokkan (Hg.), *Comparing Nations: The Use of Quantitative Data in Cross-National Research*, New Haven/London 1966, S. 267-319.

78 Vgl. Ailsa Henderson / Charlie Jeffery / Daniel Wincott (Hg.), *Citizenship after the Nation State. Regionalism, Nationalism and Public Attitudes in Europe*, Basingstoke 2014.

scher Kultur – jenseits des Ost-West-Vergleichs – größere Aufmerksamkeit, dürfte dies nicht nur die Demokratieforschung um eine wichtige Perspektive bereichern, sondern auch die Ost-West-Debatte aus einer Sackgasse befreien.

Zusammenfassung

Regionale politische Kulturen spielen in der deutschen Politische-Kultur-Forschung kaum eine Rolle – zu Unrecht. Dadurch entgehen der Forschung zentrale Ursachen demokratischer (In-)Stabilität: einerseits existentieller Stress aufgrund regional konzentrierter Anti-System-Haltungen, die bei einem Blick auf gesamtgesellschaftliche Durchschnittswerte verborgen blieben; andererseits Dilemma-Stress, bei dem politisch-kulturelle Polarisierung die Leistungsfähigkeit des politischen Systems überfordert. Darüber hinaus verspricht die Analyse politisch-kultureller Regionalisierung, die Frage nach dem Ost-West-Gegensatz in Deutschland einer methodisch befriedigenden Antwort zuzuführen und regionale Varianzen politischer Performanz zu erklären. Anstatt Differenzen gegebener Regionen zu vermessen, müssen sich die Regionen aus der Analyse subnationaler Analyseeinheiten (Gebietskörperschaften) mithilfe strukturerkennender Verfahren ergeben.

Summary

Regional political cultures only play a minor role in (German) political culture research – without any reason. That is why it cannot detect several causes of democratic (in)stability: existential stress (caused by regionally concentrated anti-system-attitudes and concealed by a view on societal average values) and dilemma-stress, where political-cultural polarisation overcharges the capabilites of the political system. The study of regionalisation of political culture promises to detect these causes of systemic stress, to give a methodologically satisfying answer to the question of an East-West-contrast in Germany and to explain regional variances in political and economic performance within states. Instead of defining regions and then measuring differences between them, research should derive political cultural regions from the comparison of substate units with the help of cluster analyses.

Tom Mannewitz, Political Culture in Subnational Comparison. Suggestions for the Revitalisation of a Research Topic of Political Science in Germany